

ZUSAMMENFASSUNGEN

RÓBERT HERMANN
ZSIGMOND KEMÉNY IN DER FRIEDENSPARTEI – ZEITGENÖSSISCHE
MEINUNGEN UND SELBSTBILD

In der Studie werden im Zusammenhang mit der Verteidigungsschrift von Zsigmond Kemény vor dem Kriegsgericht 1849–1850 zwei Fragen untersucht:

1. Welche Ereignisse notierte sich Kemény über seine eigene Tätigkeit in den Jahren 1848–1849, und inwieweit können sie mit anderen zeitgenössischen Quellen untermauert werden?

2. Wie schätzten die Zeitgenossen Keménys politische Rolle in den Jahren 1848–1849 ein?

Der Text blieb im allgemeinen Bewusstsein als Memoiren haften, nach sorgfältigem Durchlesen ist offensichtlich, dass man in der Arbeit gerade *von dem persönlichen Element* recht wenig vorfinden kann. Kemény legt zwar die Ereignisse *als Augenzeuge* dar, erinnert jedoch nur höchst selten *an seine eigene Rolle*. Ein Teil dieser Texte beschreibt Geschichten, die durch andere Quellen nicht untermauert (jedoch auch nicht widerlegt) werden können, ein Teil wiederum lässt sich durch Angaben aus zeitgenössischen Tagebüchern oder Memoiren belegen. Besonders gilt dies für Details, die die Verhandlungen der sogenannten Friedenspartei sowie zwischen György Klapka und General Artúr Görgei beschreiben.

Aussagen von Zeitgenossen jedoch bestätigen nicht die Meinung, wonach Kemény zu den Führern oder Hauptideologen der Friedenspartei gehört hätte. Dagegen spricht auch, dass er auf öffentlichen Tagungen des Reichstags in *Debrecen kein einziges Mal* einen Diskussionsbeitrag hielt. Das heißt, dass das durch die gut verfasste Verteidigungsschrift suggerierte Bild mit anderen Quellen nicht vereinbar ist.

ZSOLT DUBNICZKY
WO SICH WOHLTÄTIGKEIT UND KUNST TRAFEN –
KUNSTGEWERBE-AUSSTELLUNG IM PALAIS ALAJOS KÁROLYIS IM
JAHRE 1876

1876 wurden Ortschaften und Städte an Donau und Theiß von einem großen Hochwasser heimgesucht, das schwere materielle Schäden verursachte. Auf den Appell von Ministerpräsident Kálmán Tisza kamen aus allen Landesteilen, aber auch aus dem Ausland Angebote zur Unterstützung der Hochwassergeschädigten. Die Kunsthistorische und Kunstgewerbe-Ausstellung, die 1876 im Palais Károlyi hinter dem Budapester Nationalmuseum veranstaltet wurde, fügte sich in die Reihe dieser Spendenaktion ein. Das primäre Ziel war die Hilfestellung für die Geschädigten, die Ausstellung selbst versprach jedoch schon zu Beginn mehr zu sein, als ein Zusammenschluss für Wohltätigkeitszwecke. Die Realisierung der Ausstellung ist mit dem Namen der Gattin von Graf Pál Zichy, geb. Anna Kornis verbunden, deren Arbeit ein Komitee unterstützte, das aus Experten, Ministern, Kirchenpersönlichkeiten und Aristokraten bestand, die sich meistens auch mit dem Sammeln von Kunstwerken beschäftigten.

Die Ausstellung wurde im Palais des Grafen Alajos Károlyi am 10. Mai von der belgischen Königin Marie Henriette, die Tochter des Palatins Joseph, der einst an der Verschönerung von Pest gearbeitet hatte, sowie von Fürst Philipp von Sachsen-Coburg und seiner Gattin Fürstin Louise feierlich eröffnet. Zu den Teilnehmern gehörten außer den Organisatoren zahlreiche Aristokraten, Prälaten und Regierungsbeamte. Die über einen Monat geöffnete Ausstellung zählte 18 400 Besucher, unter ihnen auch Ungarns König Franz Joseph, dessen Erscheinen am 21. Mai an sich schon große Aufmerksamkeit und großes Interesse in der Stadt und in der Umgebung des Palais auslöste.

Die Einnahmen von der Ausstellung wurden für die Unterstützung der Hochwassergeschädigten an Donau und Theiß sowie in der Hauptstadt, in Siebenbürgen und Kroatien aufgewendet.

LÁSZLÓ LAJTAI L.
UMBEWERTUNG ETHNISCHER BEZÜGE DER UNGARISCHEN
FRÜHGESCHICHTE IN DEN GESCHICHTSLEHRBÜCHERN DER
OBERSCHULEN UNGARNS IN DER ZEIT DER DOPPELMONARCHIE

In diesem Beitrag wird untersucht, von welchem Gesichtspunkt aus das Narrativ der ungarischen Geschichtslehrbücher in der Zeit der Doppelmonarchie Kontinuität zeigt und zu welchen Punkten und mit welcher Chronologie es sich im Großen und Ganzen ändert, wenn es um die Behandlung der Ereignisse vor der ungarischen Staatsgründung, insbesondere um die der weit gefassten Ethnogenese geht.

Der seit Ende des 13. Jahrhunderts kanonisierte traditionelle ungarische Herkunftsmythos, der sich zur hunnisch-ungarischen ethnischen Kontinuität bekannte, wurde bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Frage gestellt. In den Jahrzehnten nach der Niederschlagung der Revolution von 1848–1849 hingegen wurde er eine Zeitlang wieder populär und geriet dann in den 1870er- und 1880er-Jahren plötzlich in Misskredit. Da die sprachliche Zugehörigkeit der Hunnen aus Mangel an Quellen nicht entschieden werden kann und über die Kenntnisse der mittelalterlichen ungarischen Chroniken bezüglich der Hunnen bewiesen wurde, dass sie aus dem Ausland stammen, blieb somit kein wissenschaftliches Argument für die These der hunnisch-ungarischen ethnischen Kontinuität.

Als eine Nebenlinie davon, die großen Staub aufwirbelte, war nunmehr auch die Frage der Herkunft der Szekler offen, die im Sinne des traditionellen Herkunftsmythos *par excellence* als hunnisches „Restvolk“ galten. Parallel zur beginnenden Institutionalisierung der vergleichenden Sprachwissenschaft in Ungarn wurde gleichzeitig in weiten Kreisen anerkannt, dass die ungarische Sprache finnougriech ist, von 1882 an jedoch begann eine heftige und weitverzweigte Diskussion darüber, ob die Herkunft der ungarischen Sprache auch hinsichtlich der Abstammung des ungarischen Ethnos entscheidend ist und ob ihre ugrischen oder türkischen Elemente und grammatischen Merkmale ursprünglicher sind.

All diese Streitfragen hinterließen gut wahrnehmbare Spuren auch in den Texten der ungarischen Geschichtslehrbücher in der Epoche der Doppelmonarchie. Einerseits änderte sich fast von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Darstellung in den Lehrbüchern, welcher aktuelle wissenschaftliche Standpunkt über die Herkunft des ungarischen Ethnos herrschte. Andererseits wurde der pädagogische Nachteil dessen offensichtlich, wie schwierig es war, einen klaren und kohärenten Standpunkt über die ungarische Ethnogenese zu bilden. Drittens bereiteten die grundlegenden Widersprüche, die zwischen dem traditionellen Herkunftsmythos und den wissenschaftlichen Ergebnissen herrschten, ernsthafte didaktische Probleme. Die neueren

Forschungsergebnisse erwiesen sich zugleich auch aus mehreren Gesichtspunkten als kompatibel mit der zeitgenössischen ungarischen nationalen Ideologie. Sie lieferten zum einen die wissenschaftliche Begründung für die in vorgeschichtliche Zeiten zurückreichende ethnische Mischung und halfen dadurch, den grundlegend markanten *politischen* Charakter der ungarischen Konzeption von der Nation hervorzuheben. Zum anderen wiesen sie auch darauf hin, dass Ungarns Bevölkerung in Wahrheit kein autochthones Element hat; so wurde auch der Mythos hinfällig, wonach die Ahnen der Ungarn im Vergleich zu denen der ethnischen Minderheiten des 19. Jahrhunderts später auf dem Landesterritorium eingetroffen wären, dadurch wurde Ideologien der Nationalitäten, die für sich beanspruchen, alteingesessen gewesen zu sein, der Boden entzogen.

LÁSZLÓ ANKA

„ICH STECKE IN EINER FURCHTBAREN ARBEIT“ – ALBERT
APPONYI IN DER WAHLKAMPAGNE IM JAHRE 1905

Einer der wichtigsten Momente der Politikgeschichte des Dualismus war die vorgezogene Wahl des Abgeordnetenhauses im Januar 1905; und zwar deshalb, weil die Liberale Partei – die dreißig Jahre lang die parlamentarische Mehrheit für die Ministerpräsidenten gesichert hatte, die das Königreich Ungarn regierten und den Ausgleich 1867 befürworteten – eine katastrophale Niederlage erlitt. Die Wahlen wurden von der Unabhängigkeitspartei gewonnen, die in den Jahrzehnten zuvor eine Politik als Opposition und Regimegegner betrieben hatten, der Herrscher ließ aber diese politische Gruppierung ein Jahr lang nicht an die Regierung.

Einige Wochen vor dieser Wahl schloss sich Graf Albert Apponyi dem Lager der Unabhängigkeit an, wobei auch er jahrzehntelang zuvor an der Seite der Kräfte des Ausgleichs '67 gestanden hatte.

In der vorliegenden Studie gehe ich auf folgende Themen ein: In welcher Form nahm der Graf an der Wahlkampagne teil, inwieweit war er aktiv, in welchen Landesteilen unternahm er Wahlkampfreisen, was verkündete er, wie erklärte er, dass er die Seite der Anhänger von '67 verließ und den Weg der '48-er Partei einschlug, woher erhielt er finanzielle Unterstützung für seine Abgeordneten-Kandidaten. Es ist wichtig zu untersuchen, inwieweit er selbst daran glaubte, dass die oppositionellen Kräfte die Regierungspartei besiegen könnten, und welche große Rolle dabei sein persönlicher Einsatz spielte.

In dem Beitrag werden mithilfe der zeitgenössischen Presse zusammen mit Apponyi die Wahlbezirke aufgesucht und wir decken anhand seiner vertraulichen Korrespondenz auf, wie er über das Ergebnis verwundert war und von wem und auf welche Weise er zu materieller Hilfe gelangte, um an der Finanzierung der Wahlen und den Kosten seiner neuen Partei beteiligt zu sein.

ÁDÁM SCHWARCZWÖLDER
GEMEINSAME ANGELEGENHEITEN – GEMEINSAME
VERANTWORTUNG?

Inwieweit können die *gemeinsame* Außenpolitik und die *gemeinsame* Armee der Österreichisch–Ungarischen Monarchie als ungarisch betrachtet werden? Diese Frage ist auch im Zusammenhang mit dem verlorenen Weltkrieg und dem Frieden von Trianon nicht nebensächlich, denn bis zum Sommer 1914 entstanden zum einen nach dem jahrzehntelangen Prozess von Unterhandlungen zwei Bündnissysteme, die die Großmächte – unter ihnen die Monarchie, darunter Ungarn – vereinten, zum anderen begann der Krieg wegen des bedeutenden Rückstands der Monarchie in der kontinuierlichen Entwicklung der Streitkräfte der Großmächte bei Kräfteverhältnissen, die für uns ungünstig waren.

Nach dem Zusammenbruch rechtfertigten sich die schon vor 1914, aber auch nach 1920 aktiven politischen Kräfte damit, dass die Ungarn auf die Außen- und Militärpolitik der Monarchie nur einen geringen (oder gar keinen) Einfluss hatten. Vielleicht deswegen oder zur Beruhigung ihres eigenen Gewissens sind auch heutzutage viele geneigt, die außen- und militärpolitischen Angelegenheiten der Monarchie so zu betrachten, als ob „irgendwer“ sie über die Köpfe der Ungarn hinweg erledigt hätte, ergo Ungarn in einen Strudel „nur“ mitgerissen worden war, der es in die Tiefe zog.

Daher analysiert die Studie einerseits aufgrund des Ausgleichs von 1867, mit welcher Absicht von vornherein das System der gemeinsamen Angelegenheiten geschaffen wurde, sowie auf welchen Foren Ungarns führende Politiker in der dualistischen Epoche die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie beeinflussen konnten (oder hätten beeinflussen können). Andererseits rührt der Beitrag an die sehr komplizierte, daher schwer zu beantwortende Frage, ob die spezifischen ungarischen Interessen (wenn es solche überhaupt gegeben hatte) in der Außenpolitik zur Geltung kommen konnten. In der Relation der gemeinsamen Armee hingegen wird untersucht, inwieweit das gegenseitige Misstrauen zwischen der ungarischen politischen Elite und den Armeeführern für die sowohl in ihrem Bestand als auch in technischer Hinsicht rückständige Armee verantwortlich gemacht werden kann.

DÁVID LIGETI

AUF DEM WEG IN DEN KRIEG – GENERAL FRANZ CONRAD VON
HÖTZENDORF AN DER SPITZE DES ÖSTERREICHISCH-
UNGARISCHEN GENERALSTABS (12. DEZEMBER 1912 – 28. JULI 1914)

General der Infanterie Franz Conrad von Hötzendorf wurde im Dezember 1912 das zweite Mal als Chef des Generalstabes für die gesamte bewaffnete Macht ernannt. Im Jahrbuch 2018 unseres Instituts habe ich die wichtigsten Geschehnisse und Charakteristika seiner ersten Amtsperiode (1906–1911) behandelt. In der vorliegenden Studie gehe ich auf die Ereignisse in den eineinhalb Jahren vor dem Ersten Weltkrieg aus der Sicht Conrads ein. Dabei zeige ich auf, wie der General als „Apostel des Präventivkriegs“ die internationalen Entwicklungen (primär die Balkan-Kriege) und die Ereignisse innerhalb der Monarchie verfolgte. Darunter war die Redl-Affäre im Jahre 1913 in ihrer Wirkung am wichtigsten. Wesentlicher Nachdruck kommt der Beziehung zu Erzherzog Franz Ferdinand und der Diskussion mit ihm zu. Am Ende des Beitrags stelle ich die wichtigsten Züge der Krise im Juli vor.

KÁLMÁN ÁRPÁD KOVÁCS DAS PROBLEM „TISZA ODER KÁROLYI“ IN DER UNGARISCHEN KALVINISTISCHEN DENKWEISE VOR HUNDERT JAHREN

Das Trianon-Syndrom der ungarischen historischen Denkweise dreht sich um den Problemkreis „Wie konnte es zu den Ereignissen in den Jahren 1918–1921 kommen?“ In der vorliegenden Studie wird versucht, die ungarischen kalvinistischen Lesarten des Problemkreises „Tisza versus Károlyi“ vor hundert Jahren zu erschließen. Drei Fragen werden grundlegend behandelt. 1.) In welchen Fragen gaben kalvinistische Memoirenschreiber István Tisza gegenüber Mihály Károlyi recht? 2.) Welche Fehler wurden ihm zugleich zu Last gelegt? 3.) In welchem gesellschaftlichen Medium war die Diskussion „Tisza versus Károlyi“ aus kalvinistischer Sicht eingebettet?

Drei Texte liefern die Grundlage der Analyse: 1.) Die Predigt des Seelsorgers Áron Szilády (1837–1922) aus Kiskunhalas vom 27. Oktober 1918, die sein damaliger Kaplan und späterer Nachfolger Benjámín Ván (1892–1985) im Jahre 1955 zusammenfasste und aufgrund seiner zeitgenössischen Notizen kommentierte. 2.) Ein authentischer, in situ entstandener Zeitschriftenartikel von László Ravasz (1882–1975) vom November 1918. 3.) Ein Verteidigungsschrift, die Dezső Baltazár (1871–1936) im August 1920 zu Papier brachte.

Die kalvinistische Denkweise vor hundert Jahren schwankte zwischen der Tisza-Anhängerschaft und der Ideenwelt der Unabhängigkeit und bekannte sich dazu, dass Mihály Károlyi sich von Anfang an zur Notwendigkeit des bewaffneten Selbstschutzes und zur Selbstorganisation des christlich-sozialen Agrargedankens hätte verpflichten müssen, um sich dann mithilfe der neuen Massenbewegung vom städtischen (sprich: Budapester) putschistischen Politisieren zu befreien und seine Regierung aus der Gefangenschaft der internationalistischen Kräfte zu retten. Diese Politik hätte das Abrücken sowohl von den herrschaftlichen (von Dezső Bánffy und István Tisza geprägten) als auch von den sozial-revolutionären Tendenzen und Methoden bedeutet. Károlyi hielt man dazu für unfähig, denn zu seinen Charakterzügen gehörten aufgrund seiner frühen körperlichen Behinderungen krankhafte Gefallsucht, Leistungszwang sowie selbsttadelndes, überkompensierendes historisches Bewusstsein.

Die ausgesprochenen Tisza-Anhänger hätten zwar den „großen kalvinistischen“ Ministerpräsidenten als positive historische Essenz des Ungartums sehen und erscheinen lassen, jedoch blieb auch ihnen nicht verborgen, dass die Persönlichkeit Tiskas ebenfalls nicht frei von seelischen Traumata war. Aufgrund der Erfahrungen des Szathmarer Kompromisses am Ende des Rákóczi-Aufstandes 1711 und durch die Nähe des rumänischen ethnischen Blocks entwickelte er seine spezifische kalvinistische Einstellung als Anhänger der Habsburger. Die hohe Ethik seines Wesens im

öffentlichen Leben, seine betonte, am meisten kritisierte herrschaftliche Steifheit und seine lieblose, fast schon zu Gnadenlosigkeit neigende Härte nährten sich aus religiöser Blindheit.

Durch die Blume wird auch nicht verschwiegen, dass Qualen der Glücklosigkeit im Privatleben, die die Persönlichkeit deformieren, an ihm ebenfalls nicht vorübergingen. Der Wahn von Károlyis Wesen und Tizzas ungesunde Kälte im ethischen Sinne fügen sich in die Tragik des allgemeinen Glaubensverlusts ein. Die Hölle und die Leiden des Weltkriegs hatten zur Folge, dass die innere Degeneration des Ungar­tums als völliger moralischer Verfall zutage trat. Nach kalvinistischer Denkweise führten also am Ende des Weltkriegs die verhasste Torheit der Regierenden und die fortschreitende frivole Verderbtheit der Regierten zusammen grundlegend zum totalen Fiasko der Nation.

GÁBOR SZTANCS DER MIT DER VORBEREITUNG DER NATIONALEN SELBSTBESTIMMUNG BEAUFTRAGTE MINISTER – DAS JÁSZI- NATIONALITÄTENMINISTERIUM IM HERBST 1918

Der in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs aufgetauchte Wilsonismus, das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen, hat sich unter den späteren siegreichen Großmächte, den kleinen Nationen, die als Sieger hervorgingen, aber auch unter den Politikern, Intellektuellen und nationalen Minderheiten der Verliererstaa-ten verbreitet. Oszkár Jászi, der für Nationalitätenangelegenheiten verantwortliche Minister der Károlyi-Regierung der ersten ungarischen Volksrepublik, die nach dem verlorenen Krieg entstanden war, bemühte sich, die Integrität und Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten. Um sie zu erhalten, setzte man „das Ideal der Selbstbestimmung der Nationen“ ein. Jászi wollte nicht auf die territoriale Integrität verzichten, insbesondere nicht vor der Friedenskonferenz. Er meinte, die losgelassenen Gebiete würden bei den Friedensverhandlungen als eine Situation „fait accompli“ gedeutet, und dann könne das Recht auf Volksabstimmung für die ungarische Seite nicht mehr geltend gemacht werden. Um vollendete Tatsachen zu vermeiden, verfasste er die ungarische Interpretation der „beschränkten Selbstbestimmung der Nationalitäten.“

Ende Oktober und Anfang November 1918 wurde im Vergleich zu den gegebenen Verhältnissen bald ein Ministerium organisiert, das mit der Koordinierung der Selbstbestimmung der in Ungarn lebenden Nationalitäten betraut wurde. Das Ministerium betrieb eine ernsthafte Tätigkeit auch auf dem Gebiet der Propaganda im In- und Ausland, besonders in Bezug auf die Gebiete und Nationalitäten, die für die Los-trennung waren. Es begann im Land ziemlich bald seine Propagandaaktionen für die Erhaltung der ungarischen Integrität und die Anwendung des Prinzips des Plebiszits, das auf die innere Trennung der Nationalitäten abzielte. In seiner Nationalitätenpoli-tik war Jászi bemüht, mehrere andere Mittel ebenfalls als System einzusetzen und zu mobilisieren. Als eines der wichtigsten darunter unterstützte das Nationalitäten-ministerium von Anfang an die Organisation regionaler Volksabstimmungen, die die Zugehörigkeit der Gebiete entschied, und ermutigte auch dazu.

Die auch in ihrem Torso imposante Aktion zur Unterschriftensammlung nach Gragger (*Literaturhistoriker – Anm. Übers.*) spielte eine wichtige Rolle bei der For-mulierung von Jászis Vorstellungen über das Plebiszit. Die Vorstellungen in Ver-bindung mit der Volksbefragung auf Gebieten mit mehrheitlich ungarischer und deutscher Bevölkerung waren von Anfang an wichtig während der Friedensvorbe-reitungen der ungarischen Regierung. In der endgültigen ungarischen Friedensnote

brachte auch Albert Apponyi (*Leiter der ungarischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Paris – Anm. Übers.*) diesen Gedanken als effektivstes Argument zur Rettung der in den Friedensvertragsentwürfen zur Lostrennung verurteilten Gebiete mit ungarischer Mehrheit zum Ausdruck.

ATTILA RÉFI
DER EIN JAHRHUNDERT WÄHRENDE LEBENSWEG DES
FELDMARSCHALLLEUTNANTS IMRE V. CSÉCSI NAGY (1868–1967)
TEIL II – ZUM TODE VERURTEILT IM VERSCHWÖRUNGSPROZESS
VON GROSSWARDEIN

Die Revolutionen und der Zerfall des historischen Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg schockierten den entscheidenden Teil der Ungarn, so auch den in Großwardein/Nagyvárad/Oradea lebenden Imre Csécsi Nagy, dessen Wohnstadt die damaligen Entwicklungen schwer trafen. Zunächst geriet nämlich die Lenkung für kurze Zeit in die Hände der Rätemacht, dann marschierten im April 1919 die Rumänen ein. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtete die Anwesenheit der Letzteren nur als vorübergehend. Als sie jedoch erfuhren, dass das rumänische Heer mit dem Rückzug aus den ungarischen Gebieten begann, hegte die ganze Stadt Großwardein die Hoffnung, dass es auch ihre Stadt verlassen würde. Sie waren zuversichtlich, dass Miklós Horthys Nationalarmee als Angreifer gegen die Rumänen auftreten würde. Gleichzeitig überwog auch die Angst, dass in dem Zeitraum, wenn die Rumänen abgezogen sein werden, die ungarischen Truppen aber eventuell noch nicht eintreffen, die Kommunisten die Macht erneut an sich reißen.

Infolge dessen entschied sich Csécsi Nagy, eine Organisation zu gründen. Eines der Ziele wäre gewesen, die sehnlichst erwartete ungarische Armee zu unterstützen, das andere, die Organisationstätigkeit der Kommunisten zu verhindern. Für seinen Plan gewann er auch den Husarenoberstleutnant Vilmos Cserey. Ihnen beiden gelang es, zahlreiche weitere Personen, vor allem frühere Offiziere, in die Planung einzubeziehen. Über den Oberleutnant der Nationalarmee Lóránt Csapó versuchten sie, auch mit dem ungarischen Oberkommando in Kontakt zu treten. Am Nachmittag des 20. Dezember überreichte ein Fremder Cserey auf der Straße zwei Schriftstücke, die angeblich vom Oberkommando stammten. Das eine war eine Ermächtigung Csereys, die Organisation in Großwardein zu leiten. Das andere Dokument war eine ausführliche Direktive in Bezug auf die Organisation. Cserey brachte sie Csécsi Nagy. Die Rumänen, die sie seit längerem observiert hatten, verhafteten sie beide noch in der Nacht desselben Tages, und fanden auch die Dokumente.

Einige Tage später begannen umfangreiche Verhaftungen, wodurch zahlreiche herausragende Vertreter der Ungarn von Großwardein in Gefangenschaft gerieten. Die wichtigsten Angeklagten, unter ihnen Csécsi Nagy und Cserey, wurden am 12. Januar 1920 nach Klausenburg/Kolozsvár/Cluj-Napoca überstellt. Schließlich kamen acht Personen vor Gericht: Csécsi Nagy, Cserey, Major Albert Szunyogh, Oberstleutnant Sándor Birta, der stellvertretende Bürgermeister Ödön Lukács, Notar György

Örley, Kreisrichter Tihamér Jankovich und Oberleutnant Csapó. Die Anklage gegen sie lautete auf Landesverrat und Verschwörung gegen den rumänischen Staat, gegen Csapó hingegen Spionage.

Die erste Verhandlung fand zwischen dem 3. und 7. Februar 1920 in Klausenburg statt. Das Urteil lautete für alle – bis auf Örley – Tod. Seine Strafe war 15 Jahre Zwangsarbeit. Nach der Berufung und der Intervention der Entente wurden die Urteile für nichtig erklärt und eine neue Verhandlung angeordnet, die zwischen dem 17. und 24. Juli 1920 in Großwardein erfolgte. Für Csécsi Nagy, Cserey, Csapó und Jankovich blieb es bei der Todesstrafe, im Fall von Lukách und Szunyogh Zwangsarbeit. Birtha und Örley allerdings wurden entlastet. Der internationale Druck war aber so massiv, dass das oberste Militärgericht Bukarest Ende September die Urteile rechtskräftig für nichtig erklärte und die Freilassung der Angeklagten anordnete. Danach siedelte Csécsi nach Ungarn über.

IZABELLA DRÓCSA

„DIE SIEGREICHE REVOLUTION DES PROLETARIATS WIRD
UNSEREN TOD RÄCHEN!“ – DER SALLAI-FÜRST-PROZESS

Die Moskauer zentrale Parteileitung begann 1931 eine Untersuchung gegen die Partei der Kommunisten Ungarns (im Weiteren KMP), weil deren gesamte Agitationstätigkeit nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats wegen des Auftretens der ungarischen Behörden scheiterte. Als Ergebnis dieses Verfahrens nahm eine weitere kommunistische Organisation ihren Anfang, bei der die historische Lage der Dinge folgende war: Sándor Fürst unterhielt vom Frühjahr 1931 an ständigen Kontakt mit Lajos Koszper und dessen Frau, die ihre Wohnung Mitgliedern der KMP zur Verfügung stellten. Anschließend mietete das Ehepaar eine Liegenschaft im Budapester 8. Bezirk, Thék-Endre-Straße 32., für die bolschewistische Bewegung, wo die Mitglieder ein Büro einrichteten und dadurch das Sekretariat der Partei etablierten. Hier redigierten die Mitglieder die Zeitungen *Kommün* und *Iffjú Proletár* (Jung-Proletarier), die in ständiger Verbindung mit dem Moskauer Zentralkomitee standen, das der KMP Anweisungen und zum Betrieb erforderliche materielle Mittel zukommen ließ. Daneben knüpften die Kommunisten Kontakt mit György Kilián, dem Leiter des Ungarischen Verbandes der Kommunistischen Jungarbeiter (im Weiteren KIMSZ), um die leninsche Ideologie in einem immer größeren Kreis von Jugendlichen zu verbreiten. Die Parteimitglieder wurden schließlich im Juli 1932 auf frischer Tat ertappt und verhaftet.

Nach Abschluss der Ermittlungsphase übergab die Polizei die verhafteten Personen und die Beweise im Juli 1932 der Staatsanwaltschaft, wo der Vertreter der Anklage, István Széchy, im Fall Sallai-Fürst eine Sonderverhandlung einleitete, und zwar im Hinblick darauf, dass Innenminister Tibor Zsitvay – nach dem Anschlag im September 1931 bei Biatorbágy (Komitat Pest) – die Möglichkeit der Anwendung des Standrechts erweiterte.

Imre Sallai und Sándor Fürst waren die Führer der Bewegung, sie bereiteten auch die Demonstration im August in der Hauptstadt vor. Széchy schlug ausschließlich gegen sie wegen der Anklage der im Gesetz (Nr. 3. aus dem Jahre 1921, § 1. Abs. 1.) begründeten Straftat der Subversion gegen den Staat die Bildung eines Standgerichtes vor. Parallel dazu wurde das Strafverfahren gegen die übrigen Parteimitglieder an ein ordentliches Gericht überwiesen, weil ihnen gegenüber zusätzliche Ermittlungen erforderlich waren. Im Schnellverfahren befand das Gericht Imre Sallai und Sándor Fürst schuldig, deshalb wurde gegen sie aufgrund der Verordnung Nr. 9550/1915. I.M.E. § 38. Abs. 3 die Todesstrafe verhängt, die am 29. Juni 1932 auch vollstreckt wurde.

KRISZTINA KISS-BOGNÁR
STUDENTEN DER AGRAR-ABTEILUNG DER TECHNISCHEN UND
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN UNIVERSITÄT PALATIN
JOSEPH 1934–1944

Die Ungarische Königliche Technische Universität Joseph war in der Zwischenkriegszeit eine der Hochschuleinrichtungen mit herausragender Bedeutung, die ihre Tätigkeit nach Annahme des Gesetzesartikels X. aus dem Jahre 1934 unter dem Namen Technische und Wirtschaftswissenschaftliche Universität Palatin Joseph (ung. Abk. JNMGE) fortsetzte. Die fünf Fakultäten der neuen Universität unterrichteten neben den technischen Wissenschaften ökonomisches, kommerzielles, veterinärmedizinisches, land- und forstwirtschaftliches sowie bergbautechnisches Wissen.

Die Angaben zu Personen und Studien der eingeschriebenen Hörer an der Landwirtschaftlichen Abteilung kann man aus Bänden der universitären Matrikel kennenlernen. In den von 1934 an benutzten Matrikeln sind sämtliche Daten zu Personen und Studien aller Hörer an einem Ort zu finden. Bei der ersten Inskription wurden Name, Geburtsort (samt Komitat), Geburtsdatum, Religion, Ergebnis der Reifeprüfung des neuen Studenten sowie Name/Typ seiner ihn entlassenden Oberschule eingetragen. Eventuelle Namensänderungen oder Anmerkungen als Hinweis auf Verlassen der Einrichtung wurden ebenfalls hier registriert. In einem Formular wurden nach jedem Semester die Bezeichnung der absolvierten Fächer, die Namen der unterrichtenden Professoren und im Fall der Erfüllung der Studienvorschriften die Noten (eventuell Eintragungen einer erforderlichen Wiederholung) zusammengefasst. Den Abschluss der Ausbildung belegt die Ausfüllung der Angaben im Rigorosum, Abschlusszeugnis oder Agrardiplom.

Nach Aufarbeitung der Eintragungen im Stammbuch wurde eine statistische Analyse über die Veränderung der Zahl der jährlichen Inskriptionen und die Entwicklung der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Studenten nach Geschlecht und Konfession erstellt. Die Geburtsorte zeigen auf, in welchen Landesteilen die landwirtschaftliche Ausbildung auf Universitätsebene eine Bedeutung hatte und einen Wert darstellte; die zur Aufnahme erforderlichen schulischen Angaben hingegen lassen erkennen, welcher Anteil der Hörer damit rechnen konnte, dass sein Leben nach Abschluss des Studiums – auf praktischem oder theoretischem Gebiet – mit der Landwirtschaft verbunden sein wird.

Aufgrund der Angaben der Stammbücher der Studenten kann festgestellt werden, dass ihre Zahl an der Fakultät Landwirtschaft der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Palatin Joseph in der untersuchten Periode zwar geringfügig, jedoch kontinuierlich zunahm. Die überwiegende Mehrheit der Studenten

stammte aus Budapest und Regionen des Landes, die aus landwirtschaftlicher Sicht determinierend waren; im Hinblick auf ihre Religion gehörte sie der römisch-katholischen Konfession an. Der Großteil der Hörer hatte noch einen Gymnasialabschluss, nach ihrer schulischen Vorbildung jedoch ist die Zahl der Kandidaten bedeutend, die Berufsschulen absolviert hatten und ihre dort erworbenen Kenntnisse im Hochschul-Fachunterricht weiterentwickeln wollten.

GÁBOR HOLLÓSI
AUFGABEN DER GESETZGEBUNG IN BEZUG AUF DIE
GEBIETSZUWÄCHSE UNGARNS ZWISCHEN 1938 UND 1941

Das Ende der '30er- und der Anfang der '40er-Jahre bildeten – im Schatten und während des Zweiten Weltkriegs – eine Periode großer Gebietszuwächse für Ungarn. Dem Land nach Trianon wurden zunächst der schmale südliche Streifen des Oberlandes (1938) dann Gebiete der Karpato-Ukraine (1939), später ein Teil Siebenbürgens (1940) und schließlich die südländischen Gebiete (1941) wieder angeschlossen. Die neuerliche Integration der Landesteile, die zwei Jahrzehnte unter Fremdherrschaft standen, war freilich nicht problemlos, davon zeugen die vom ungarischen Parlament erlassenen sogenannten Inkorporationsgesetze und die sie begleitenden Novellen. Im Beitrag werden diese Gesetze behandelt und es wird auf zahlreiche Verwaltungsaufgaben hingewiesen, die infolge der zurückerlangten Gebiete zum Tragen kamen.

ANDRÁS JOÓ

VON DEN KÜSTEN DES BOSPORUS NACH BUDAPEST UND STOCKHOLM: UNGARNS POLITIK, GESELLSCHAFTSLEBEN UND DIPLOMATIE, IM SPIEGEL DES TAGEBUCHES VON LOVICE LOUISA GRACE CUMBERBATCH, EHEFRAU VON ANTAL ULLEIN-REVICZKY (JANUAR 1941–SEPTEMBER 1942)

Antal Ullein-Reviczky war eine Schlüsselfigur der ungarischen Außenpolitik und des Pressewesens in Kriegszeiten. Seine oft zitierte Gedenkschrift mit dem Titel „Deutscher Krieg – russischer Frieden“ hatte er in einer kleinen stimmungsvollen Siedlung an der Bosphorus-Küste, in Kandilli, kurz nach den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs, noch 1946 zu Papier gebracht. Sie entstand an einem Ort, dem einige Jahre zuvor bei den anfänglichen Friedenssondierungen Ungarns zu den Alliierten eine wichtige Rolle zukam. An der malerischen Küste von Kandilli stand nämlich die Villa des namhaften britischen Diplomaten Cyril James Cumberbatch, des Schwiegervaters von Antal Ullein-Reviczky. Dieser ehelichte bereits im Jahre 1929 die Tochter des Diplomaten, Lovice Louisa Grace Cumberbatch, deren sorgfältig geführtes Tagebuch als Quelle für die vorliegende Studie diente. Die Familie Cumberbatch verfügte über aristokratische und weitverzweigte historische Wurzeln. Antal Ullein-Reviczky heiratete auf diese Weise in eine Familie ein, die zur politisch-diplomatischen Elite des britischen Weltreiches gehörte und unter deren Mitgliedern sich herausragende Diplomaten und andere führende Persönlichkeiten befanden. Der Schauspieler Benedict Cumberbatch, Hauptdarsteller in der bekannten BBC Serie Sherlock Holmes und des Oscar prämierten Films Ein streng geheimes Leben (The Imitation Game), stammt ebenfalls aus dieser Familie.

In der Studie wurden zahllose interessante und vielsagende Eintragungen des Tagesbuches von Frau Ullein-Reviczky verwendet. Das in seiner Art beispiellose Tagebuch kommentiert im Detail die täglichen Geschehnisse über den Zeitraum, in dem Ullein-Reviczky wichtige Positionen bekleidete.

Die Erzählweise des Tagesbuches ist zwar komprimiert und skizzenhaft, aber die Ereignisse und die mit ihnen verbundenen Eindrücke wurden zu einem Zeitpunkt registriert, als die Erinnerungen an Tatsachen und Erfahrungen noch frisch und lebendig waren. Es bietet uns im Vergleich mit anderen Quellen ein sehr realistisches Bild. Das Tagebuch liefert exakte Angaben über die ersten, vorsichtigen Schritte der ungarischen Friedenssondierungen und die daran beteiligten Persönlichkeiten. Die Studie untersucht die Jahre 1941 und 1942 und stützt sich dabei auf eine Auswahl von Eintragungen im Tagebuch. Darüber hinaus verweist sie im ersten Unterkapitel, das den Charakter einer Einführung trägt, ausführlicher auf die späteren Eintragun-

gen 1943, die wichtige Informationen zur humanitären Mission Raoul Wallenbergs im Jahre 1944 beinhalten. Diese Eintragungen wurden bereits in verschiedenen Forschungsarbeiten über den berühmten schwedischen Diplomaten erwähnt (BERGER, Susanne – BIRSTEIN, Vadim: Raoul Wallenberg: Not an Accidental Choice for Hungary in 1944. In: July 1944, Deportation of the Jews of Budapest Foiled. ed. Jeszenszky, Géza. Budapest: Helena History Press, 2018. 219–48). Dank der Tochter der Autorin, Lovice Maria Ullein-Reviczky, konnten wir das handgeschriebene Tagebuch gründlich studieren. Darüber hinaus lieferte Lovice Maria Ullein-Reviczky zu den meisten Eintragungen texttreue Transkriptionen und wichtige ergänzende Informationen. Ohne ihre aktive Hilfe könnten wir diese Analyse nicht präsentieren. Gleichzeitig kann dieses Projekt auch dazu dienen, die mit der Epoche befassten Historiker darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig und nützlich die kontinuierliche Aufarbeitung von Nachlässen ist, die sich in Privathänden befinden.

KATALIN OROSZ-TAKÁCS – LÁSZLÓ OROSZ
HISTORIOGRAFISCHER ÜBERBLICK ÜBER UNTERSUCHUNGEN ZUR
BEHANDLUNG DER ZWANGSMIGRATIONSPROZESSE DER
UNGARNDEUTSCHEN NACH 1945

Die Erforschung der Prozesse von Zwangsmaßnahmen und Bevölkerungsbewegungen im Zusammenhang mit der „kollektiven Bestrafung“ der Ungarndeutschen nach 1945 galt lange Zeit als Tabuthema. In der Periode des Staatssozialismus schleppte die „faschistische deutsche Minderheit“, Hitlers „fünfte Kolonne“, eine ideologisch/politisch gebrandmarkte Vergangenheit mit sich, die sogar die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr zu einem *Tabuthema* machte. Diese Tabuisierung weitete sich in der stalinistischen Ära auf die gesamte Geschichte der Ungarndeutschen im 20. Jahrhundert aus: auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs, auf die Jahrzehnte der Horthy-Ära davor und auch auf die Vergeltungsakte nach 1945. Von der Wende der 1960er-/70er-Jahre, beginnend mit der Öffnungsperiode modifizierte (entspannte) sich diese Situation insofern, dass sich die deutsche Thematik vor 1945 in Ungarn langsam, jedoch unter strenger Kontrolle auftat und nur noch die politisch kaum annehmbare Aufarbeitung des Fragenkomplexes von Verschleppung/Depotierung/Wiedergutmachungsarbeit/Aussiedlung auch weiterhin von der totalen Sperre betroffen war. Dieser Damm brach dann in der letzten Phase der Kádár-Ära, in den 80er-Jahren endgültig. Bis zur Wende dauerte hingegen die Tendenz an, dass die historische Forschung in der Gefangenschaft politischer/ideologischer Erwartungen blieb.

Die emblematischen Veränderungen 1989/90, die auf dem Gebiet der großen Politik eine Epochengrenze markierten, bedeuteten in den historischen Forschungen hinsichtlich der Ungarndeutschen in Wahrheit keinen Wendepunkt. Die wissenschaftliche Erforschung der lange Zeit als Tabu behandelten Thematik von Vertreibung/Aussiedlung lief schon seit Jahren mit einem immer größeren Grad der Freiheit. So wurde dieser Prozess durch die demonstrativen Erscheinungen der in der Periode der Wende durchgeführten politischen Rehabilitierung lediglich legitimiert.

Dennoch wäre es eine übertriebene Vereinfachung, nur von einer Epoche vor und nach 1990 zu sprechen. Daher kann eine Dekade, die jeweils ein paar Jahre vor und nach der Wende umfasst – eine Periode unbestreitbarer Konjunktur des Themas –, festgestellt werden. Den Hintergrund des „Politikums“ mit negativem, dann mit positivem Vorzeichen, und damit auch die Phase der Konjunktur, konnte die Fachwelt der Historiker erst in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre hinter sich lassen. Es begann eine neue Epoche der Erforschung des Themas, und zwar durch den Fortschritt zahlreicher – seit langem heranreifender – theoretischer und methodischer Innovationen.

Ein spektakuläres Zeichen dafür waren das Brechen der traditionellen Alleinherrschaft der politik- und ereignishistorischen Herangehensweise, der immer deutlichere Ausbau der sozialhistorischen Aspekte, die komparative Erforschung lokaler und regionaler Prozesse, im Endergebnis – was die gesamte Sichtweise angeht – die Hinwendung zur Mikro- statt zur Makroebene.

In der historiografischen Studie werden diese Prozesse und die fachlichen Ergebnisse durchgehend behandelt.

DÁVID KISS

ELEMENTE DER KRIEGSGEFANGENENPOLITIK DER UNGARISCHEN
KOMMUNISTISCHEN PARTEI NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG
UND DIE WAHLEN IM JAHRE 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es auch in Ungarn ein wichtiges Thema, die Kriegsgefangenen aus dem Ausland nach Hause zu holen, was nicht nur in humanitärer und gesellschaftlicher Hinsicht, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen große Bedeutung hatte. Praktisch behandelten alle politischen Parteien und die übrigen Zivilorganisationen diese Frage als eine besondere Angelegenheit, die auch wegen der Wahlen im Jahre 1945 eine große Rolle spielte. Die Studie untersucht in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Ungarischen Kommunistischen Partei (MKP). Sie befasst sich mit den Einheiten der inneren Organisationen der Partei und analysiert auch die Tätigkeit der mit ihr verbundenen „pseudo-zivilen“ Organisationen, die mit dem Heimtransport der Kriegsgefangenen zu tun hatten. In der Politik der MKP kam dem Auftreten bei den Wahlen 1945 eine besondere Rolle zu. Im Laufe der Vorbereitung darauf ließ die Sowjetunion mehr Kriegsgefangene nach Hause, damit ihre Lieblingspartei bei den Wahlen so erfolgreich wie möglich abschneidet. Die geschmacklose Propaganda Rákosis und seiner Genossen und der schlechte mentale und physische Zustand der Heimkehrer steigerten jedoch den Hass gegen die Besatzer und ihre Satelliten nur weiter, der sich auch bei Wahlen zeigte, die damals noch nicht so stark manipuliert wurden.

ORSOLYA BÜKY
DIE ROLLE DER UNGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI IM
PROZESS DER ENTSTEHUNG DER UNGARISCHEN STAATSPOLIZEI

Was die Beurteilung der politischen Veränderungen angeht, die sich zwischen dem Ende 1944 und dem Frühjahr 1949 in Ungarn abspielten, können wir mehrere „historische Erzählungen“ erleben. Bei der Analyse des Prozesses der Entstehung der Ungarischen Staatspolizei sehen wir die Auffassung bestätigt, wonach das Endziel der MKP darin bestand (wenn auch bei Anpassung an die russischen Drehbücher, die sich bis 1947 ständig änderten) die totale Diktatur sowjetischen Typs auszubauen. Die wichtigsten Mittel dabei waren aufgrund der Wegweisung der moskowitzischen Führung der MKP die schon im Moment der Gründung besetzten Gewaltorganisationen.

JUDIT ANTÓNIA FARKAS

„POLITIKER: EUER SCHICKSAL IST DAS FIASKO“ DER POLITISCHE
RÜCKZUG UND DER SELBSTMORDVERSUCH VON FERENC B.
FARKAS (1948–1950)

In der Diktatur stalinschen Typs, die nach 1947 errichtet wurde, konnten Politiker der Bauernpartei, die nicht gewillt waren, sich den Kommunisten als „Trittbrettfahrer“ zu unterwerfen, ihre Wahl zwischen zwei Handlungsalternativen treffen: entweder ins Ausland zu emigrieren oder zu Hause zu bleiben, sich aber dann vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Mehrere der Letzteren kehrten in der Revolution 1956 für kurze Zeit in die Politik zurück. Dieses Schicksal wurde Ferenc Farkas (1903–1966) zuteil. In meiner Arbeit habe ich eine weniger bekannte und dokumentierte Periode der Laufbahn eines der Gründer und führenden Politiker der Nationalen Bauernpartei und seinen allmählichen politischen Rückzug nach 1948 untersucht, in dessen Mittelpunkt sein Selbstmordversuch am 13. Februar 1950 steht. Dieses Ereignis fügte ich aufgrund der notierten Meinung und Erinnerungen von Zeitgenossen, Freunden und Fachärzten in die Persönlichkeit des Politikers ein. Ich analysierte, inwieweit die Einstellung einer selbständigen Politik der Bauernpartei und die im Ausbau befindliche Diktatur in einem kausalen Zusammenhang mit der schweren psychischen Reaktion des Politikers standen.

KRISZTIÁN GLAUB

TÄTER UND OPFER? TEIL I – DER TÄTER: VLADIMIR FARKAS BEI DER STAATSSICHERHEIT (ÁVH) (1949–1955)

Nach dem „Jahr der Wende“ 1948 traten in Ungarn bedeutende politische Veränderungen ein. Mit der Fusion der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei entstand die Staatspartei: die Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP), und die Gesellschaft und die Wirtschaft des Landes gingen auf dem von den Sowjets festgelegten stalinschen Weg mit großen Schritten voran. Die politische, später die Staatspolizei, die immer mehr Befugnisse in ihren eigenen Wirkungsbereich zog, wurde zur sicheren Stütze des Systems. Bald galt sie schon als selbständige Behörde (Behörde zum Staatsschutz: ung. Abk. ÁVH) als gefürchtete Faust der Inhaber der Macht. Im Rahmen dieser Organisation kam Vladimir Farkas, ein junger orthodoxer Kommunist am Beginn seiner 20er-Jahre, auf seine Rechnung. Anfangs befasste er sich mit Abhörtechnik und arbeitete entsprechend seiner früheren Ausbildung in Moskau als operativer Funktechniker bei der Staatspolizei. Nach 1949, dem Jahr des Falles Rajk, übernahm er auch seinen Anteil an Vernehmungen und Untersuchungen. Von da an gab es für ihn kein Halten mehr: Der junge Offizier der Staatssicherheit beteiligte sich in den nächsten Jahren aktiv an verschiedenen ungesetzlichen Angelegenheiten des Stalinismus. Im Fall Rajk war er Verhörer von Sándor Cseresznyés, dann unter sowjetischer Mitwirkung auch von Pál Justus. Während der Hetze gegen die Sozialdemokraten war Farkas auch verantwortlich für die Untersuchungen gegen Árpád Szakasits, György Marosán und unmittelbar auch gegen Dr. István Ries. Die wahren Schwierigkeiten folgten aber erst später. Der rätselhafte Fall der Szücs-Geschwister und ihre kaltblütige Ermordung warfen zahlreiche Fragen auf, die vielleicht bis heute nicht beruhigend beantwortet wurden. Die „Ersünde“ von Vladimir Farkas war die Kádár-Sache, wobei er persönlich Verhörer des einstigen Innenministers und späteren Ersten Sekretärs der USAP wurde. Da wegen der veränderten politischen Situation im Weiteren Kádárs Schwäche während seines Verhörs 1951 übertüncht werden musste, verbreiteten sich über diese Untersuchung später sowohl in der ungarischen als auch in der internationalen Öffentlichkeit die unrealistischsten und sadistischsten Legenden: Allein der Ausgangspunkt war gemeinsam: Kádár selbst und sein Umfeld. Nach der Wende 1953 und Stalins Tod sowie dem Sturz Gábor Péters, des Chefs von Vladimir Farkas, wegen einer zionistischen Angelegenheit veränderte sich die Lage auch innerhalb der ÁVH. Die Selbständigkeit der Behörde wurde abgeschafft und sie erneut dem Innenministerium angeschlossen. Außerdem begannen – zwar mit peinlicher Langsamkeit – die Überprüfungen der gesetzwidrigen Prozesse, jedoch nur gegen Personen der

Arbeiterbewegung. So konnte im nächsten Jahr János Kádár freikommen, der gleich seinen Rachefeldzug gegen Farkas und dessen Vater Mihály Farkas begann, der seinen Fall auf Parteiebene (nicht) untersucht hatte. Diese Suche nach dem Sündenbock stimmte allmählich mit der offiziellen Linie der MDP überein, die Verantwortliche brauchte, um die Gemüter zu besänftigen und sich selbst zu rechtfertigen. Dabei stellte sich natürlich auch der Hauptübeltäter selbst, der Erste Sekretär der Partei, Mátyás Rákosi, an die Spitze. In dieser Situation ging Vladimir Farkas immer mehr die Luft aus, was schließlich dazu führte, dass er auf Druck seiner eigenen Chefs im Februar 1955 die Staatssicherheit verließ. Die wahre Hetzjagd gegen ihn und seinen Vater, der inzwischen in Moskau „geparkt“ wurde, konnte sich erst nachher in vollem Ausmaß entfalten.

RÓBERT GÉCZI
DER FALL PAUKER AUFGRUND EINER UNGARISCHEN
DIPLOMATISCHEN NOTE

Ende der 1940er-Jahre fanden in den Bruderländern nach sowjetischem Muster Monster-Schauprozesse gegen herausragende kommunistische Politiker statt (gegen Vladimir Clementis und Rudolf Slánský in der Tschechoslowakei, gegen László Rajk in Ungarn, gegen Traitscho Kostoff in Bulgarien sowie gegen Kotschi Dsodse in Albanien). In Rumänien war es Lucrețiu Pătrășcanu, der wegen der Anklage der Zusammenarbeit mit der königlichen Staatssicherheit Siguranța während des Weltkriegs, des Nationalismus und der bürgerlichen Abweichung samt seinen 33 Mitstreitern vor Gericht gestellt wurde. Im Laufe des sechs Jahre währenden Prozesses wurden er und sein Mitkämpfer Remus Koffler 1954 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Schatten dieses Prozesses kam es – im Unterschied zu den Ländern des Ostblocks – auch zur Abrechnung mit einer Moskowiter genannten Gruppe. Infolge des auch von Stalin gebilligten Säuberungsprozesses wurden unter anderen Außenministerin Ana Pauker, Finanzminister Vasile Luca (d.h. László Luca) und Innenminister Teohari Georgescu von der Staatsmacht entfernt. Die Anklage gegen sie lautete: rechte Abweichung, Kosmopolitismus, aber vor allem Sabotage der sozialistischen Kollektivierung und der sozialistischen Wirtschaft. Das von mir veröffentlichte „vertrauliche“ Dokument entstand im Sommer 1952 in der Botschaft Ungarns in Bukarest und enthält die rumänische Presseschau zum Fall Ana Pauker und ihre Mitkämpfer.

ATTILA SERES
FLUCHT AUS BUDAPEST NACH MOSKAU – ZWEI FALLSTUDIEN
ÜBER DIE TEILNAHME SOWJETISCHER ZIVILISTEN AN DER
REVOLUTION 1956

In diesem Beitrag wird die ungarische Revolution im Jahre 1956 aus einer spezifischen Perspektive dargelegt. Wir bemühen uns, aufgrund russischer Archivquellen zwei Geschichten zu rekonstruieren. Hauptakteure beider sind Zivilisten mit sowjetischer Staatsbürgerschaft, die zur Zeit der ungarischen Revolution ganz zufällig in Budapest weilten und unwillkürlich in die Ereignisse auf den Straßen der ungarischen Hauptstadt verwickelt waren. Es ging um einfache Zivilisten, Alltagsmenschen, die nicht den Unterdrückungsapparat des Kremls, die sowjetische Staatsverwaltung, die Militär- oder Staatssicherheitsorgane vertraten. Im Zusammenhang mit ihrer „Teilnahme“ an der Revolution kann man keinerlei bewusste politische Motivation oder feindliche Repressionsabsicht entdecken. Wegen der antisowjetischen Emotionen, die sich in der ungarischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg angesammelt hatten, betrachteten die ungarischen Revolutionäre sie dennoch als Feinde; sie wurden zur anderen Seite der Barrikade gezählt, daher fürchteten auch sie um ihre leibliche Unversehrtheit. In dem einen Fall ging es um den sowjetischen Historiker Arkadij Sidorow (1900–1966), den die Ungarische Akademie der Wissenschaften im Rahmen einer beruflichen Dienstreise nach Budapest eingeladen hatte. In dem anderen handelte es sich um eine 60köpfige Touristengruppe, die zum Teil aus hochqualifizierten Intellektuellen, zum Teil aus Fließbandarbeitern bestand. In dem Beitrag wird in erster Linie die Antwort auf die Frage gesucht, welche Lebensstrategie sie in dieser Situation des Ausgeliefertseins wählten und wie die Konsularvertretungen in Budapest deren Heimreise inmitten der Straßenkämpfe lösten.

PÉTER BERTALAN

WIDERSTANDSGRUPPEN DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DEN 1950ER- UND 60ER-JAHREN IN UNGARN

Der Unterdrückungsapparat der Rákosi- und Kádár-Ära hat am massivsten, härtesten und auf gnadenloseste Weise die Kirchen angegriffen. Die Reaktionen der Kirchen waren vielfältig. Zwischen Angreifer und Angegriffenen trat keine Minute lang ein *Treuga Dei* ein. Eines der Flaggschiffe der historischen Kirchen in Ungarn ist die katholische Kirche. Ihre Geschichte im 20. Jahrhundert spiegelt die typischen Merkmale der Opposition zwischen Parteienstaat und Kirchen am besten wider. Hierbei zeigt sich der Widerstand des Priestertums und der Gläubigen oft am einheitlichsten und standhaftesten. Hinter den Superlativen kann man die aus dem hierarchischen Aufbau resultierende Diszipliniertheit und die aus dem Glauben folgende Berufung gleichermaßen als psychologische Erklärung akzeptieren. Nur schwer findet man hingegen eine Erklärung für den Widerstand und die Opferbereitschaft des in seiner Existenz bedrohten Alltagsmenschen. An die Katholiken des von der Außenwelt durch den Eisernen Vorhang abgeriegelten Ostblocks richtete der Papst seine Botschaften und Direktiven auf vielerlei Art und Weise. Das Schicksal der mit der *Provida Mater* beginnenden Konstitution soll auch deshalb verfolgt werden, weil es typisch und in seiner Auswirkung determinierend ist. Was die Methoden der wissenschaftlichen Aufarbeitung, Forschung und Darlegung angeht, muss man ebenfalls auf eine neue Art und Weise vorgehen: Dafür ist dieser Beitrag ein Versuch.

ZSUZSANNA KŐRÖSI

„ES GAB DARIN NICHTS GEHEIMES“ – DAS LEBEN EINER
KATHOLISCHEN JUGENDGEMEINSCHAFT IN DEN 1950ER-JAHREN
AUFGRUND DES LEBENSINTERVIEWS GYÖRGY ROZGONYIS

Im Ungarn der '50er-Jahre war die aktive Religionsausübung für die Macht inakzeptabel. Aber auch inmitten von Verboten und Verfolgungen gab es viele, die nach alternativen Wegen suchten, um ihr Christsein zu erleben, die religiöse Weltanschauung zu erhalten und sie weiter zu vererben. In einem mikro-historischen Herangehen, aufgrund des Lebensinterviews György Rozgonyis, eines emblematischen Jugendleiters der Zisterzienser, können wir kennenlernen, wie eine katholische Gemeinschaft in Buda den Alltag des christlichen Widerstandes in den über zehn Jahren nach der politischen Wende 1948 erlebte. Die kommunistische Diktatur verursachte in der persönlichen (religiösen) Identität vieler eine Spannung oder sogar einen Bruch. Rozgonyis Bericht formuliert eine Selbstrepräsentation, in der der feste katholische Glaube die Erwartungen der antireligiösen Politik auslöscht, während er bestrebt ist, auch die Möglichkeit dafür zu finden, im gegebenen gesellschaftlichen Rahmen ein vollkommenes Leben führen zu können.

JÁNOS RÁCZ

DILEMMAS EINER GRAUEN EMINENZ – EINE QUELLE ZUR
ANALYSE DER POLITIKGESCHICHTE DER KÁDÁR-ÄRA

István Katona, als Kádárs „graue Eminenz“ und interner Mitarbeiter, bekam vor dem XI. Parteitag der USAP 1975 die Möglichkeit, wegen der bevorstehenden Neuwahl der Funktionsträger Vorschläge für die Zusammensetzung der Mitglieder des ZK der USAP zu unterbreiten. Im Laufe der Darlegung dieser Quelle sucht die Analyse die Antwort auch darauf, wie Katona in die Lage versetzt wurde, seine Gedanken und personellen Vorschläge in Bezug auf die ZK-Mitglieder zu formulieren. Daher wird in dieser Arbeit der Autor des Dokuments vorgestellt, mit besonderer Hinsicht auf das Jahr vor dem Entstehen der Quelle, als er – damals Chefredakteur des Parteiorgans *Népszabadság* – mit mehreren Problemen konfrontiert war. Diese Schwierigkeiten entstanden mehrheitlich wegen der Erstickung des 1968 eingeführten neuen Wirtschaftsmechanismus. Die stellvertretenden Chefredakteure kämpften gegeneinander, zwischen ihnen musste er balancieren. Kádárs „Mann“ wollte nur die Politik durchsetzen, die der Generalsekretär für richtig hielt. Die unterschiedlichen Meinungen der Führungskräfte der USAP prallten praktisch mithilfe der von ihnen Unterstützten in der Tageszeitung aufeinander. Die täglichen Auseinandersetzungen der Anhänger von György Aczél, Béla Biszku, Sándor Gáspár, Sándor Fehér und Rezső Nyers überschütteten den neuen Chefredakteur. Er musste die Mitarbeiter zusammenhalten, aber nicht um jeden Preis. Seine Tätigkeit überzeugte vermutlich den Generalsekretär der USAP, dass er imstande sein würde, als Berater an der Neuwahl auf dem XI. Parteitag teilzunehmen. Obwohl er 1975 erstmals die Möglichkeit dazu hatte, übte er – wie auch dieser Beitrag zeigt – eine beachtliche Wirkung auf die Gestaltung der Zusammensetzung des ZK aus.

ZOLTÁN DÉVAVÁRI
IM ZERFALL – LAGE DER UNGARN IN DER VOJODINA ZU BEGINN
DER SÜDSLAWISCHEN KRISE (1988–1990)

Diese Studie stützt sich auf Archivadokumente des ungarischen Außenministeriums und auf die zeitgenössische Presse. Sie stellt auf dieser Grundlage die Politikgeschichte der Ungarn in der Vojvodina sowie die Entwicklung der ungarisch–serbischen diplomatischen Beziehungen zur Minderheitenfrage am Anfang des Zerfalls des zweiten jugoslawischen Staates dar. Der Autor geht auf Zeiten nach der sogenannten Jogurt-Revolution in der Vojvodina im Oktober 1988 ein, als die serbische Macht einen Generalangriff gegen die ungarischen Einrichtungen, die erworbenen Minderheitenrechte sowie auch gegen die bis dahin praktizierte Minderheitenpolitik in der Vojvodina startete. Einer der Zielpunkte war – wie Anfang der 1920er-Jahre – der ungarisch-sprachige Unterricht, weswegen die Zerrüttung des früheren Netzes von Oberschulen begann. Das neue Bildungsgesetz der Republik verschlechterte die Situation weiter. Der Beitrag umfasst ferner die Entwicklung der ungarisch–serbischen diplomatischen Beziehungen in den ersten Monaten nach dem Amtsantritt der Antall-Regierung.

Darüber hinaus geht der Artikel auf die erste Kontaktaufnahme zwischen der ungarischen Regierung und der Demokratischen Gemeinschaft der Ungarn in der Vojvodina, den Besuch des ungarischen Außenministers Géza Jeszenszky im Juni 1990 in Jugoslawien und die Besuche des serbischen Außenministers Aleksandar Prlja in Budapest ein, und er thematisiert die Minderheitenfrage während der Verhandlungen. Zum Schluss zeigt der Beitrag im Zusammenhang mit den ersten Mehrparteien-Wahlen im Winter 1990 die Geschichte der ersten Angriffe gegen die ungarische Presse in der Vojvodina und ihren Hintergrund auf.

MIHÁLY NOSZKÓ-HORVÁTH
INTERNIERUNG UND AUSSIEDLUNG NACH DEM ZWEITEN
WELTKRIEG IM SPIEGEL DER AUF ENTSCHÄDIGUNG
ABZIELENDEN UNGARISCHEN RECHTSREGELN SOWIE DIE
EINSCHLÄGIGEN ENTSCHÄDIGUNGSDOKUMENTE

Internierung und Aussiedlung als Freiheitsbeschränkung aus politischen Gründen wurden in der Rechtspraxis schon vor 1945 angewendet, sie wurden aber in Wirklichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, zur Zeit der kommunistischen Diktatur berühmt-berüchtigt. Das Leben von vielen tausend Menschen wurde erschwert oder gar durch das erlittene Unrecht irreparabel beschädigt. Nach der Wende erkannte dies der Gesetzgeber und entschied, dass Personen, die Unrecht erlitten hatten, zusammen mit anderen Freiheitsberaubungen auch wegen dieser beiden Rechtsverletzungen materiell und moralisch zu rehabilitieren sind. Die Rehabilitierungen hatten mehrere Formen: In der Studie werden sämtliche in Ungarn eingeführten Versorgungsformen in Bezug auf die Internierungen und Aussiedlungen behandelt. Bei der Wahl des Themas der Arbeit war es ein wichtiger Aspekt, dass es 2020 rund 70 Jahre her war, dass das Internierungslager in Recsk (Komitat Heves) „seine Pforte eröffnete“ und die Verschleppungen in die Zwangsarbeitslager in der Hortobágy-Puszta begannen.

